

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1923

21.3.1923 (No. 68)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher-
Str. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postkont:
Karlsruhe
Nr. 3515.

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. A. n. d.
Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert für März 3800 M. — Einzelnummer 150 M. — Anzeigenpreis: 125 M. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederbestellungen tarifferter Diabatt, der als Kassenabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstr. 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Anzeigenbestellung, ganzjähriger Veröffentlichung und Kontoverfahren soll der Diabatt fern. Erlaubnis zum Abdruck. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Anzeiger keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

Befähigung in verbotenen Vereinigungen.

** Die Strafverfolgungsbehörden und Polizeibehörden sind darauf hingewiesen worden, daß wenn eine Organisation innerhalb eines Landes auf Grund der Republikverfassung aufgelöst und verboten ist, jede Betätigung innerhalb dieses Gebiets unzulässig und im Falle der Zuwiderhandlung nach §§ 14 Abs. 2, 19 Abs. 2 des Gesetzes vom 21. Juli 1922 strafbar ist. Die Tatsache, daß die Organisation in anderen Ländern nicht verboten ist, kann nicht dazu führen, daß innerhalb der Gebiete, in denen das Verbot besteht, eine Propaganda für die nicht aufgelösten Gruppen anderer Länder als erlaubt angesehen werden kann. Eine solche erscheint ohne Zweifel als Umgehung des Verbots und mindestens als „Unterstützung“ der aufgelösten Vereinigung. In gleicher Weise bedeutet der Beitritt zu der Ortsgruppe eines Landes, in welchem die Organisation nicht aufgelöst ist, innerhalb eines Gebiets, in dem das Verbot besteht, eine Umgehung des Gesetzes, besonders wenn das betreffende Mitglied sich als solches für die Partei innerhalb des Verbotsbezirks betätigt.

Der Milchpreis.

** Es muß erneut darauf hingewiesen werden, daß für Milch, die unmittelbar beim Kuhstall abgeholt wird, nur der in der Gegend übliche oder festgesetzte Erzeugerpreis gefordert und bezahlt werden darf. Wer höhere Preise, insbesondere den Verbraucherpreis, fordert, hat Strafverfolgung wegen Preistreiberi zu gewärtigen. Um Fernkäse zu vermeiden, ist noch besonders darauf aufmerksam gemacht, daß ohne Erlaubnis des Bürgermeisters Milch nicht unmittelbar beim Kuhstall abgeholt werden darf.

Verwaltungsassistentenprüfung.

** Die erste Verwaltungsassistentenprüfung im Geschäftsbereich der inneren Staatsverwaltung findet voraussichtlich im September dieses Jahres statt. Von einer früheren Abhaltung der Prüfung wurde auf Wunsch des badischen Assistenten- und Sekretärverbands abgesehen, um den Prüfungsteilnehmern ausreichend Zeit zur Vorbereitung auf die Prüfung zu lassen.

Französisch oder Englisch in der Schule?

Zu dieser jetzt viel umstrittenen Frage wird uns von gut unterrichteter Seite geschrieben: Durch die politische Entwicklung der Nachkriegszeit und besonders der letzten Monate ist die erbsindliche Stimmung gegen Frankreich beim deutschen Volke begründlich erweckt und verschärft worden. Sie findet unter anderem Ausdruck in der immer weiter um sich greifenden Forderung, das Französische als Schullehrfach abzuschaffen und an seine Stelle überall das Englische zu setzen. Die verantwortlichen Stellen haben die Pflicht, starke Volksbewegungen auf ihre schwerwiegenden Auswirkungen hin aufmerksam zu prüfen und ihnen vernunftgemäß Rechnung zu tragen, nicht aber erregten Augenblicksmeinungen mit übereilten Augenblicksentscheidungen nachzugeben.

Die außerordentliche geschichtliche Bedeutung des deutschen und französischen Sprach- und Geisteslebens füreinander hat auf dem europäischen Festlande nicht ihresgleichen und wird durch politische Wechselfälle nicht berührt. Man mache sich am Beispiel Englands und Irlands klar, wohin eine Schule geraten müßte, wenn sie immer je nach dem Stande der außenpolitischen Beziehungen die Sprache des betreffenden Volkes einführen oder abschaffen wollte! Ebenfalls darf sich die Schule einem rein wirtschaftlichen Nützlichkeitsprinzip verschreiben. Das Spanische z. B. wird an Kulturbedeutung für die deutsche Geistesentwicklung noch nicht dadurch dem Französischen ebenbürtig, daß es heute dank seiner Verbreitung in Südamerika für zahlreiche Deutsche einen hohen Ruhmwert besitzt. Mit solchen Grundgedanken würden unsere höheren Schulen ja geradezu auf den Standpunkt der Volksschule geraten.

Was den formal bildenden Wert des Französischen angeht, so verdankt es diesen seiner grammatischen und stilistischen Strenge und Klarheit sowie der dialektischen Durchsichtigkeit seines Gedankenausdrucks. Für diese Werte setzt an den humanistischen Gymnasien hinreichend das Lateinische, so daß hier das Französische am ehesten entbehrt werden könnte. An den Oberrealschulen aber erscheint die Pflege einer Sprache, Geschichte und Kultur, die im ausgesprochenen Kontrast zu der germanischen steht, schwer erspürlich. Dem Englischen geht gerade dieser Kontrastwert ab, auf dem ein wesentlicher Teil des geistesbildenden Wertes anknüpft und romanischen Wesens für die deutsche Wesensart beruht. Es ist immerhin bemerkenswert, daß in Frankreich selber seit einem Vierteljahrhundert mit den widererwartlichen humanistischen Stimmungen die Befähigung mit deutscher Sprache, Geschichte und Kultur nicht nachgelassen, sondern im Gegenteil beträchtlich zugenommen hat. Es ist vielleicht doch auch ein Gesichtspunkt, daß man seinen unerwünschten Gegner genau kennen sollte, anstatt ihn zu ignorieren, wenn man mit ihm fertig werden will.

Wir glauben, gut unterrichtet zu sein, wenn wir feststellen, daß der jetzige badische Unterrichtsminister einer

stark deutschstämmigen Gestaltung der gesamten Schulbildung nicht bloß mit Sympathie gegenübersteht, sondern wiederholt in Schrift und Wort für eine solche sich eingesetzt hat, daß er aber nicht gewillt ist, die Schulziehung in den Wirbel der politischen oder wirtschaftlichen Augenblickskonjunktur hineinziehen zu lassen. Dies dürfte auch für die Behandlung der neusprachlichen Unterrichtsfragen in Baden die weitere Richtschnur sein.

Der Kampf um die Polen im Ruhrgebiet.

G.K. Die im Ruhrgebiet tätigen Polen, die mit Familienangehörigen etwa 380 000 Köpfe zählen, stellen und stellen in der Rechnung der verschiedenen deutschfeindlichen Auswärtigen Gruppen der Gegenwart einen erheblichen Aktivposten dar. Franzosen, Smeelische Landesvertreter und Kommunisten kämpfen um die Seelen und die Unterstützung der Polen, die seit langer oder kürzerer Zeit im Lande der schwarzen Diamanten und rauchenden Schöte als Kumpels oder sonstwie tätig sind. Nicht nur der famose „Ar-Rheinfranke“ Josef Smeets hat nach der letzten Bonner Heerschau über das Häuflein seiner getreuen Beamtenstellenaufsteiger durch seine Organe erklären lassen, daß zahlreiche führende Polen aus dem Ruhrgebiet als Delegierte in Bonn gewesen seien. Auch die französischen Geldgeber und Einpreisler der Landesvertreter die bereits eine Reihe von Milliarden für die Vorbereitung der Vafallen-Republik, die sie jetzt offen „Französisch-rheinische Republik“ nennen, gespart haben, machen große Anstrengungen, die an der Ruhr lebenden Volksgenossen der Herrin Korfanth und Walter als Sturmböde gegen ihre deutschen Brotgeber und Vater zu benutzen.

Man hat deutscherseits beobachtet, daß sofort nach dem Einmarsch der „friedlichen“ Banden aus dem Lande der Pseudokultur französische Zivilbeamte die Führung mit den leitenden politischen Personen im Ruhrgebiet aufnahmen. Man hat schriftliche Beweise für die Vorbereitung der Bearbeitung der Polen durch die Einbürgerlinge in Händen. Man weiß nicht nur, daß auf Jochen und Werlen Ende Januar junge Leute mit polnischen Namen Abfertigung verlangt haben, weil sie von französischen Agenten angeworben waren, sondern man hat auch Polen beobachtet, die früher im Ruhrgebiet ansässig waren, wie sie im letzten Jahre nach Frankreich ausgewanderten,

in dessen Ruhrarmee sie heute als Soldaten, Unteroffiziere und Offiziere zu durchsichtigen Zwecken Verwendung finden.

Auch die Polen selbst haben — wenigstens nach außen hin — bisher im Großen und Ganzen eine bemerkenswerte Passivität gegenüber den verschiedenen Liebeswerbungen bewiesen. Wohl sind hier und da wie beim Einzug der Franzosen in Serne, Verbrüderungsreden zwischen Polen und französischen Soldaten beobachtet worden, wohl veröffentlicht die in Serne erscheinende polnische Zeitung „Karadomiac“ französisch-und-liche Aufsätze. Aber diese geringfügigen Sympathieumgebungen besagen nicht viel gegenüber der Zahl der im Ruhrgebiet tätigen Polen, von denen rund 20 000, die mit Familienangehörigen ein Heer von etwa 100 000 Köpfen darstellen, für Polen optiert haben.

Auch diese Optanten, die etwa den vierten Teil der im Ruhrgebiet überhaupt ansässigen Polen ausmachen, haben in ihrer großen Mehrheit bis heute den Bemühungen der verschiedenen Gegner der deutschen Einheit und Freiheit kaum Vorstoß geleistet. Französische Blätter, wie die „Lanterne“ und auch vereinzelt deutsche Beurteiler suchen diese an sich selbstverständliche Haltung der Ruhrpolen in ihrer Furcht vor deutschen Repressalien zu begründen. Eine Ursache, die vereinzelt wohl zutreffen mag, aber die Gesamtheit der Polen im Ruhrgebiet kaum zurückhalten würde. Man darf nicht vergessen, daß allein in Heddinghausen, wo sich die Mut der französischen Kulturträger mit am wildesten auslebte, 92 polnische Vereine sich befinden, daß Gelsenkirchen deren 42, Hamborn 52 aufweist, und daß die Polen an diesen Orten ebenso reichlich Gelegenheit hatten, Vergleiche zwischen französischer Verdrückung und Barbarei und deutscher Besonnenheit, Freiheit und Kultur zu ziehen, wie dies die polnischen Vergarbeiter tun konnten, die im letzten Jahre nach Frankreich abgewandert sind und deren trostlose Lage der in Bochum erscheinende „Wiarus Polski“ ausführlich schilderte.

So ist trotz der dauernden Verdrückung des Lebensbereichs um die Polen nicht damit zu rechnen, daß sie den Bestrebungen des deutschen Wirtschaftslebens, die damit sich auch als Feinde ihrer Wohlfahrt erweisen haben, in Zukunft mehr Unterstützung leisten werden als es bisher vereinzelt geschehen ist. Die Einmütigkeit, mit der u. a. die polnischen Stadtverordneten von Gelsenkirchen und die polnischen Arbeiter auf den Hoffen-Berlen die energischen deutschen Proteste gegen die französischen Gewalttaten unterstützen, war nicht nur eine selbstverständliche Befolgung der von dem Vorstand des Verbandes der Polen Deutschlands gegebenen Weisung, die Pflicht gegenüber dem Staate zu erfüllen, dessen Bürger die Ruhrpolen sind.

Cuno zur Wiederkehr des oberschlesischen Abstimmungstages

Western nachmittag fand in Berlin aus Anlaß der Wiederkehr des oberschlesischen Abstimmungstages in Gegenwart des preussischen Ministerpräsidenten ein Empfang des Vorstandes des oberschlesischen Hilfsbundes sowie einer Abordnung aus Oberschlesien statt. Der Sprecher der Abordnung, Reichstagsabgeordneter Wliska wies darauf hin, daß aus rechtlichen, politischen und kulturellen Gründen nach dem deutschen Abstimmungsstages Oberschlesien bereit beim Deutschen Reich hätte bleiben müssen. Der deutsche Anspruch auf Oberschlesien würde nicht erlöschen. Bei allen Sorgen für den Westen dürfe der Osten nicht vergessen werden, weil der Ausgang des Abwehrkampfes an Ruhr und Rhein auch für den Osten entscheidend sei. Die Ansprache Wliskas fand in ein Treugelächnis Oberschlesiens zum Deutschen Reich aus.

Reichskanzler Dr. Cuno

erwiderte darauf mit folgender Ansprache: Die Augen Deutschlands sind in diesen Tagen nach Westen gerichtet, zum Rhein, zur Ruhr, wo ein friedliches, arbeitames Volk im schwersten Abwehrkampf gegen einen kriegerischen, wirtschaftsfeindlichen Militarismus steht und täglich neue Beweise von Tapferkeit und Disziplin erbringt, die die Weltgeschichte anders werten wird, als das schuldnernde Gewissen dieser Zeit. Dort entscheidet sich der Kampf um Deutschland und das deutsche Volk, seinen Bestand, seine Einheit und Wohlfahrt. Dort vor allem, aber nicht nur dort, denn — und darin liegt die tiefe Gerechtigkeit — zur erfolgreichen Beendigung des Abwehrkampfes an Rhein und Ruhr bedarf es nicht allein des entschlossenen Willens der Front im Westen, d. h. der zunächst betroffenen Bevölkerung, sondern auch eines einmütigen Willens und Widerstandes der Heimat und aller übrigen Teile des Reiches in allen deutschen Ländern und Provinzen. Der Erfolg wird uns nur dann beschieden sein, wenn der entschlossene Wille, diesen Kampf bis zum guten Ende zu führen, in allen Teilen des Reiches unverändert lebendig bleibt. Je länger die Ruhrbesetzung dauert, je härter sie sich in Deutschland geltend machen wird, um so stärker und fester muß dieser Wille bleiben. Es besteht eine enge Wechselwirkung zwischen der Haltung der Bevölkerung im besetzten und unbesetzten Deutschland, zwischen der äußeren und inneren Front. Die Reichsregierung ist sich dieser Beziehungen und Wechselwirkungen ständig bewußt und betrachtet es als Aufgabe ernstester Art, neben dem großen Kampf an der Ruhr auch die befremdeten Mite und Leiden der übrigen Bevölkerungsteile nicht zu vergessen, sondern auch sie voll innerer Anteilnahme zu würdigen, und wo immer es geht, helfend einzugreifen.

Der Reichskanzler fuhr dann fort: Vielfach traten in der Bevölkerung Befürchtungen zutage, der Ruhrkonflikt könne nach Osten übergrreifen. Diese Befürchtungen haben sich bisher nicht als berechtigt erwiesen, im Osten sind Schwierigkeiten nicht eingetreten. Wir hoffen, daß auch künftig die Ruhe im

Osten erhalten bleibt. Gleichwohl haben aber gerade die letzten Wochen auch im Osten unseres Vaterlandes schwere Wunden geschlagen. Aber das Memelgebiet ist die Entschieden ergangen, ohne daß die Bevölkerung in einer Volksabstimmung ihren Wunsch, wieder dem alten Vaterlande anzugehören, ausdrücken dürfte. Wenn ich heute den deutschen Vätern im Memellande einen besonders warmen Gruß zurufe, so tue ich es im Bewußtsein, daß die kulturellen und geistigen Bande zwischen uns und unseren Volksgenossen nördlich der Memel unzerbrechlich und unvergänglich sind. Mit dem Memellande ist ein Stück von Ostpreußen losgerissen, das selbst ein gefährdeter Außenposten des Reiches ist. Seine Lage ist umso schwieriger geworden, als auch die Grenze an der Weichsel und der Zugang der ostpreussischen Bevölkerung zu ihr trotz aller deutschen Bemühungen nicht so gestaltet worden ist, wie Ostpreußen es nach dem Verträge von Versailles zu erwarten berechtigt war. Unsere Proteste, die wir aufrechterhalten, verhallen ungehört. Aber die Regierung und die Bevölkerung Ostpreußens müssen der Schwierigkeiten Herr werden.

Auch der Südosten hat in diesen Tagen Schwere erlitten, indem im Kreise Ratibor die beiden Dörfer Kaasch und Sandau, die um ihr Deutschtum gekämpft und gelitten haben, ungeteilt der Tschchoslawakei zugesprochen wurden. Die Entscheidung ist ein ungeheurerlicher Fehlschuss. Wir protestieren, und dieser Protest bleibt bestehen. Zugleich rufe ich die Einwohner von Döschitz, das uns nunmehr endgültig wieder zugesprochen ist, und von Ratowitz, das der Tschchoslawakei zugeteilt war und uns wieder zurückgegeben worden ist. Der Reichskanzler schloß: Es ist eine stolze Freude zu wissen, wie in all diesem drückenden Schicksal und der eigenen Kollage zum Trost sich auch die oberschlesische Bevölkerung nach besten Kräften an dem „Deutschen Volksoffer“, das uns in dem Abwehrkampf im Westen stärken soll, beteiligt, so wie es auch Ostpreußen und andere Teile des Ostens tun.

Überall, an der ganzen Ostgrenze, von der Memel bis zur Donau, bewähren sich die gleiche Treue zum Vaterlande neu, die Ostpreußen und Oberschlesien in ihren Abstimmungen bewiesen. Das gemeinsame Los der Abwehr fremder Übergriffe, das gemeinsame Schicksal des Ringens um deutsches Land und die Erhaltung deutscher Kultur- und Wirtschaftswerte verbindet unzertrennlich Ost und West. In keinem Teil des Reiches ist die Anteilnahme an dem Geschick der Bevölkerung im Westen und dem glücklichen Ausgang des Kampfes an der Ruhr größer als gerade im Osten. Wenn alle unsere Volksgenossen so zusammenhalten und so zum Vaterlande stehen, wie Ost und West, dann wird unser Volk auch aus der gegenwärtigen Not, Verdrängnis und Elend einen Weg finden in bessere Zeiten, zu kraftvoller Entwicklung aller in ihm schlummernden großen Kräfte, aus Armut zur Freiheit.

Mit einer Beilage: 18. öffentliche Sitzung über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Deutscher Reichstag.

Die Sitzung wurde gestern nachmittags 2 Uhr mit folgender von den Abgeordneten stehend angehört

Ausprache des Präsidenten Ebe

eröffnet:

In der Reihe der Gewalttaten, die von dem gewalttätigen in das Ruhrgebiet eingedrungenen französischen und belgischen Militär verübt wurden, ist nach der Ausweisung des Abg. Kroll wiederum rechtswidrig Hand an einen Abgeordneten gelegt worden. Der Abg. Dr. Quast ist als Geisels verhaftet und ins Zuchthaus verschleppt worden, wo noch 24 Deutsche unter den unwürdigsten und gesundheitsgefährlichsten Zuständen untergebracht sind (Schlechte Pflanzung). Der Minister des Äußern hat auf meinen Wunsch sofort energische Protest an die französische Regierung eingereicht und die sofortige Freilassung der Gefangenen verlangt.

Weheimrat Dr. Quast ist entlassen worden, angeblich weil er für die Geschäftsführung der Essener Handelskammer nicht verantwortlich sei. Seine Leidensgenossen werden aber noch festgehalten und der Protest ist für sie aufrechterhalten worden. In anderem Zusammenhang ist in Paris der Abg. Hülse festgenommen worden. Das auswärtige Amt hat den deutschen Geschäftsträger beauftragt, an die französische Regierung eine Anfrage wegen dieser Verhaftung zu richten.

Hoffentlich ist in Frankreich niemand, der sich einbildet, daß die Entschlüsse dieses Parlaments beeinflusst werden könnten, wenn Abgeordnete dieses Hauses dieselben Leiden erdulden wie unsere Volksgenossen an Rhein und Ruhr. Unsere Abgeordneten werden solche Mißlichkeiten als eine Ehre, aber nicht als eine Schmäherung betrachten (Lebhafte Beifall).

Der Präsident fährt fort: Heute sind zwei Jahre vergangen seit der Abstimmung in Oberschlesien, die ein so kräftiges Bekenntnis zum Deutschum brachte. Dieses Bekenntnis ist zwar durch spätere Entscheidungen über Oberschlesien verewaltigt worden. Aber gerade wegen unserer gegenwärtigen Bedrängnis denken wir heute mit Stolz dieser Befundung der Treue zur deutschen Nation und senden den abgetrennten Brüdern unsere Grüße (Lebhafte Beifall).

Die Elbschiffverträge, der internationale Vertrag zwischen Deutschland, Frankreich, Belgien, Großbritannien, Italien und der Tschechoslowakei steht zur ersten Beratung. Der Vertrag wird gegen die Stimmen der Rechten in erster und dann auch in zweiter Lesung angenommen. Die dritte Lesung scheidet am Widerpruch der Rechten. — Nach Gelobung weiterer kleiner Vorlagen wird die zweite Beratung des Etats beim Haushalt des Reichspostministeriums fortgesetzt. — Der Ausschussbericht stellt fest, daß die Reichspostverwaltung einen Zuschuß von 1524 Milliarden erfordert. Der Ausschuss hält diesen Zustand für eine Katastrophe, der ein Ende gemacht werden müsse.

Reichspostminister Stinlg

gedenkt zunächst der großen Verdienste seines Vorgängers Wiesberts um den Wiederaufbau der durch den Krieg zerrütteten Postverwaltung und knüpft daran den Dank für die Be-

amtenchaft. Der Versuch, der Franzosen, im Ruhrgebiet den Post und Telegraphenverkehr in ihre Hand zu bekommen, sei an dem entschlossenen Widerstand der Beamten und Arbeiter gescheitert. Für diese betundete vaterländische Pflichttreue seien über 200 Beamte und Arbeiter hart bestraft und 131 ausgewiesen worden. Alle diese Brutalitäten hätten den Widerstand nicht nur nicht erschüttert, sondern nur noch mehr befestigt (Beifall). Wir sind bemüht, die leistungsfähige Störung und teilweise Unterbindung des Verkehrs nach Möglichkeit durch Umleitungen auszugleichen. Weiter sorgt die Verwaltung dafür, daß den ausgewiesenen Beamten jede wirtschaftliche Schädigung erspart werde. Was die Tarifpolitik betrifft, so weist Redner auf seine Mitteilungen im Hauptauschuß hin. Tarifserhöhungen könnten nicht in dem Tempo der Befoldungserhöhungen vorgenommen werden, denn die Rücksicht auf die Verkehrsbedürfnisse ziehe gewisse Grenzen. Auch die Wünsche nach Verminderung des Personals seien nicht so leicht zu verwirklichen. Redner schließt mit einem Hinweis auf die Möglichkeiten des internationalen Verkehrs, die das Reichsflugwesen bietet.

Abg. Fausbuel (Soz.) warnt vor einer Überspannung der Posttarife und fordert Maßnahmen gegen die höheren Beamten, welche politische Agitation gegen die Sozialdemokratie und andere republikanische Parteien treiben.

Abg. Allecotte (Zentr.) hält eine Wiederherstellung der Rentabilität der Post in absehbarer Zeit für möglich, wenn alle geeigneten Mittel dazu ausgetobt werden. Wenn die Bevölkerung diese Notwendigkeit erkenne, werde sie sich auch mit einer erträglichen Portobehöpfung abfinden, 316 Milliarden könnten jährlich erparnt werden, wenn die überschüssigen 70 Prozent des Postpersonals ausgeschieden würden.

Abg. Bruns (D. Nat.) hält die großen Fortschritte für gefährlich, weil sie zu einer Verminderung des Postverkehrs und damit zu einem weiteren Rückgang der Einnahmen führen. Die automatische Fällung der Ferngespräche sei unzuverlässig. Man hätte die alten Tarifgebühren beibehalten sollen. Der Reichstag soll sich nicht dem Grundgedanken des Reichsfinanzministers fügen, daß die Post sich selbst erhalten müsse. Eine Personalverminderung sei leider unter dem Einfluß der Sozialdemokratie nicht in erforderlichem Umfang durchgeführt worden. Man habe die Kürzungen überflüssiger Helfer zurückgenommen, während man auf die Beamten weniger Rücksicht nahm.

Abg. Morath (D. Sp.) stellt fest, daß an dem Dollarstande gemessen, der Etat der Posten in diesem Jahre geringer sei als im vorigen Jahre. Der Redner bringt verschiedene Beamtenwünsche vor und behauptet, daß die Beamtenorganisationen nicht einmütig vorgehen, sondern in ihrem Wetlauf der Forderungen dem Parlament und der Regierung die Arbeit für die Beamten erschweren. Unberechtigt sei der Vorwurf, daß die Postverwaltung besonders rigoros gegen uneheliche Mütter vorgehe.

Um 1/2 7 Uhr wird die Weiterberatung auf heute Mittwoch 2 Uhr vertagt.

London zur Rede Loucheurs.

Dem diplomatischen Berichterstatter der „Daily News“ zufolge verdient die Grenobler Rede Loucheurs über die Vorschläge zur Entmilitarisierung des linken Rheinufers besondere Aufmerksamkeit, weil sie zweifellos die in Frankreich immer mehr verbreiteten Ansichten widerspiegelt, und weil sie sowohl die Ähnlichkeit als auch die sehr wichtigen Verschiedenheiten zwischen der französischen und britischen Auffassung über diese Frage zeigt. Mit Bezug auf die Erklärungen Loucheurs, daß die Rhein-Provinz von Preußen losgelöst werden müßte, daß es jedoch ein Fehler sein würde, zu versuchen, die Rhein-Provinz politisch und wirtschaftlich vom Deutschen Reich zu trennen, schreibt der Berichterstatter, dieser Vorschlag scheine über alles hinauszuweisen, was eine irgendwie verantwortliche Person in England je vorgeschlagen habe und was irgendeine englische Regierung unterstützen könne. Der Grundten der britischen Politik bezüglich der Entmilitarisierung des Rheinlandes sei, daß ein fester Entschluß bestehen muß, daß die Rhein-Provinz weder politisch noch wirtschaftlich noch in irgend einer anderen Weise von Deutschland losgetrennt werden dürfe. Das, was in England vorgeschlagen worden sei, gehe nicht über die praktische und wirksame Anwendung der Rheinlandartikel des Friedensvertrages hinaus. Dieser Plan könne soweit er endgültige Gestalt angenommen habe, wie folgt zusammengefaßt werden:

1. allgemeiner Vertrag bei gegenseitiger Garantie unter der Regide des Völkerbundes mit besonderen Abmachungen zum Schutze sowohl Frankreichs als auch Deutschlands.
2. Anwendung der Artikel 42 und 44, die eine dauernde Entmilitarisierung des linken Rheinufers vorsehen;
3. Entwicklung (besonders Überwachung des strategischen Rahmens) der Aufgaben, die dem Völkerbund auf Grund des Artikels 213 zugewiesen worden sind und in denen vorgeesehen wird, daß der Völkerbundsrat mit der Anstellung einer Untersuchung beauftragt wird, die die Mäßigkeit seiner Mitglieder zur Beobachtung der militärischen Bestimmungen des Vertrages für notwendig hält.

Papst und Ruhrfrage.

Auf Wunsch des Papstes hatte der Kardinalstaatssekretär Gaspari Gelegenheit gesucht, um dem französischen und dem belgischen Vertreter beim Vatikan den Standpunkt des Papstes in der Ruhrfrage darzulegen. Nach dem Corriere della Sera führt der Kardinal aus, daß der Papst mit großer Besorgnis die gegenwärtige Lage ansehe und die Aufrechterhaltung des Friedens wünsche. Die Gesandten Frankreichs und Belgiens beim Quirinal, die zu dieser Audienz ebenfalls erschienen waren, legten den Standpunkt ihrer Regierungen dar.

Der Koblenmangel der französischen Industrie.

Der Verkehrsminister Le Troquer, der von einer Inspektionsreise durch das Ruhrgebiet zurückgekommen ist, berichtet, daß die in die Wege geleitete Abfuhr von Kohle und Stolz von den Holen überraschend günstige Resultate liefere, daß man spätestens bis Ende der Woche in der Lage sein werde, täglich 3000 Tonnen abzuführen und daß diese Menge mit jeder weiteren Woche um etwa 1000 Tonnen gesteigert werden könne. Selbst in Pariser Industriekreisen beurteilt man jedoch nach den mit solchen Versicherungen gemachten Erfahrungen den Optimismus des Ministers mit einiger Skepsis, zumal da seine Berechnungen auf der Annahme aufgebaut sind, daß es gelingen werde, mit einer Reihe privater Zechen zu Lieferungsabkommen zu gelangen. Das Comité des Forges läßt erst heute wieder durch die Presse die Regierung in der schär-

ften Weise angreifen, die infolge ihrer Schwäche und des Mangels an Energie trotz eines Okkupationslagers von 100 000 Mann unfähig sei, auch nur einen Bruchteil der gewaltigen Kohlenmengen des Ruhrgebietes nach Frankreich abzuführen, obwohl sie wisse, daß die Schwerindustrie des Landes sich infolge des Kohlemangels in der kritischsten Lage befinde.

Frankreichs „europäischer Völkerbund“.

Zur Aufhebung der Hochverratsaffäre Fuchs-Nachhaus.

Aber die Aufhebung der Hochverratsaffäre Fuchs-Nachhaus teilen die „Münchener Neuesten Nachrichten“ folgende Einzelheiten mit:

„Im Juni v. J. ergab sich Verdacht gegen den angeblichen Kapellmeister Nachhaus, daß er Spionage für französische Zwecke treibe und überhaupt Deutschland abträgliche Beziehungen zu Ententekreisen unterhalte. Er fuhr damals unter dem Vorwand künstlerischer Bestrebungen häufig nach Wiesbaden und ins sonstige besetzte Gebiet und suchte gleichzeitig Mitglieder vaterländischer Organisationen für sich zu gewinnen und auszuführen. Auffallen reichliche Mittel standen ihm zur Verfügung. Daraufhin wurde Nachhaus beobachtet, und diese Nachforschungen ergaben eine Verbindung des Nachhaus mit Fuchs. Im Spätherbst 1922 traten Nachhaus und Fuchs an verschiedene vaterländische Organisationen mit dem Vorschlag heran, eine „nationale Erhebung“ in Bayern herbeizuführen. Bei diesen Bestrebungen verrieten sie bald französische Beziehungen und französische Ziele und ebenso offensichtlich separatistische bayerische Pläne unter starker Anlehnung an Frankreich. Die Führer der Organisationen gingen nun scheinbar auf ihre Vorschläge ein. Als die Franzosen an der Ruhr auf unerwartet starken Widerstand stießen, drängten Fuchs und Nachhaus auf sofortige Aktion, wobei sie als französischen Vertreter den Oberleutnant Richter vorstellten. Auf Verlangen der Organisationsführer kam dieser zu persönlichen Verhandlungen nach München. Bei diesen Unterhandlungen erklärte Richter ohne Umschweife, die Franzosen bräuchten eine Unterstützung ihrer Ruhroperation durch die Durchführung eines Staatsstreuchs in Bayern, vor allem um die deutsche Abwehr an der Ruhr zu verwirren und zu zerbrechen. Wörtlich sagte Richter: Meine Herren, wenn Sie nicht in diesen Tagen handeln, hat eine bayerische Aktion für Frankreich kein Interesse; denn Ihre Aktion muß und wird die Regierung Guno zu Fall bringen und eine Räteregierung in Mitteldeutschland herbeiführen. Auf die Einwendung, daß die Kräfte der betreffenden Organisationen nicht ausreichen würden, erklärte Richter ausbrüchlich: „Das schadet gar nichts. Handeln Sie! Denn auch eine kleine Aktion wird die gewünschte Wirkung in Norddeutschland herbeiführen.“

Zum Verständnis dieser Ausführungen Richters muß bemerkt werden, daß dem Nachhaus nach seinem Bericht bei seiner letzten Anwesenheit in Mainz-Kastel von dem französischen Obersten Du Baque angeboten wurde, in Mitteldeutschland bolschewistische Unruhen herbeizuführen, um Bayern den äußeren Anlaß zur Aktion zu geben. Auf die Frage an Richter, ob er denn keine Sorge vor dem Bolschewismus habe, und ob nicht Frankreich ein Interesse daran habe, den Bolschewismus in Deutschland zu bekämpfen, antwortete Richter, für Frankreich bestiehe keine derartige Sorge. Zur Bekämpfung des Bolschewismus in Deutschland brauche Frankreich Bayern auch nicht, das werde es schon selbst besorgen. Frankreich habe jetzt zweifellos für die nächsten fünfzig Jahre die erste und stärkste Rolle in Europa. Dagegen könne sich Bayern Frankreichs Dankbarkeit erwerben, wenn zur Unterstützung der französischen Ruhroperation jetzt eine Aktion in München geschehe. Auf die Frage, warum denn Frankreich ein solches Interesse an einem Putsch in München habe, äußerte Richter folgendes:

„Es beginnt jetzt eine neue Ära in der europäischen Politik. Die Ruhrgebietsokkupation ist keine Fortsetzung der Reparationspolitik, sondern es wird mit diesem Schritt eine neue europäische Politik eingeleitet. Es wird unter der Vormachtstellung Frankreichs ein europäischer Völkerbund geschaffen werden, der Frankreich, Italien, die kleine Entente, Bayern und einzelne Teile von Deutschösterreich umfaßt.“

In der Hochverratsaffäre Fuchs, Nachhaus, Berger usw. ist inzwischen eine sensationelle Wendung eingetreten. Der Vertrauensmann des Erzprinzen Rupprecht, Freiherr v. Gramer-Klett, der noch am Donnerstag der Untersuchungsbehörde die Angabe gemacht hat, daß er im Dezember 1921 in seiner Wohnung den französischen Oberleutnant Richter und sein Werkzeug Professor Fuchs empfangen habe, ist plötzlich von München abgereist. Ferner ist Bezirksoberamtmann Freiherr v. Eoden, der Sohn des früheren Innenministers, dem die Umtriebe bereits seit Januar bekannt waren, nach einer amtlichen Meldung der „Bayerischen Staatszeitung“ noch am Freitag nachmittag aus dem Staatsdienst entlassen worden. Da die Familien v. Gramer-Klett und v. Eoden dem bayerischen Hochadel angehören und bis heute zu den intimsten Beratern der Familie Wittelsbach gehörten, ist man bei der Aufhebung der Verchwörung gegen den Bestand des Deutschen Reichs bereits in die unmittelbare Nähe des Erzprinzen Rupprecht von Wittelsbach gelangt.

Allerdings hat Freiherr v. Gramer-Klett noch unmittelbar vor seiner Abreise seinen fürstlichen Gönner mit der Behauptung zu beden versucht, daß er dem Oberleutnant Richter gegenüber von vornherein jede Unterredung des Erzprinzen mit einem Franzosen als ausgeschlossen erklärt habe. Auch Erzprinz Rupprecht selbst ist kürzlich bereits in dieser Sache vernommen worden und hat dabei ausdrücklich erklärt, daß er seit Beendigung des Krieges niemals mit einem Franzosen weder mittelbar noch unmittelbar irgend welche Aussprache gehabt habe, irgend welche Fühlung gesucht oder irgendwie in Verbindung gestanden habe. Demgegenüber bewirkt die heute vorliegende Tatsache der plötzlichen „Abreise“ des Freiherrn v. Gramer-Klett, daß er selbst die Möglichkeit eines Entkommens aus dem Reich, in das er sich verflüchtigt hat, gering einschätzt. Damit entfällt auch jede Beweiskraft seiner den Erzprinzen entlassenden Angaben.

Diese unanschätzbare Feststellung belastet den Erzprinzen aufs schwerste, zumal er sich in den letzten Wochen besonders auffallend in den Vorbergrund militärischer Veranstaltungen gedrängt hat. Am 8. Januar fanden „3 Regimentsgründungsfeiern“, „vaterländischer Verbände“ statt, an denen er sich als „König Rupprecht“ anbot und am gleichen Abend ließ er sich vor seinem Palast huldigen, nachdem Reichswehroffiziere einen nächsten Demonstrationsschritt durchzuführen wollten. Noch am letzten Sonntag begrüßten ihn Fanfaren, als er in Kreise anderer Wittelsbacher Prinzen an einer Regimentsfeier teilnahm.

Allem Anschein nach sind noch große Überraschungen in der interessanten Sache Fuchs-Nachhaus zu erwarten.

Dr. Cunos Reise nach Süddeutschland.

Reichsfinanzler Cuno wird seine schon seit längerer Zeit geplante Reise nach Süddeutschland in den nächsten Tagen antreten. Er fährt am Mittwoch nach München und dann über Stuttgart wieder nach Berlin zurück.

Die Treue der Bergarbeiterschaft.

Die außerordentliche Generalversammlung des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter für das Ruhrgebiet betonte in einer Entschließung in Hamm den festen Willen, unerschütterlich im Abwehrkampf auszuhalten, bis der französische Imperialismus von seinen wahnwitzigen Vernichtungsplänen Abstand nehme, das Ruhrgebiet räume, sowie Deutschland als gleichberechtigte Nation im Rate der Völker anerkenne. In einer Sympathieerklärung sprachen die christlichen Bergarbeiter den freitenden Kameraden an der Saar die vollste Anerkennung für ihren heldenhaften Kampf um die Bergarbeiterrechte und ihre Enttötung über das Verhalten der französischen Bergverwaltung aus.

Am Montag hielt der Verband der Bergarbeiter Deutschlands in Hamm eine Rednerkonferenz der Vertrauensleute, Betriebsräte usw. ab, die einstimmig eine Protestresolution gegen den gewalttätigen Einbruch in das Ruhrgebiet annahm, welcher die Reparationsleistungen erschwere und den Völkerverbund schüre. Die Fortsetzung des erbitterten Widerstandes mit friedlichen Mitteln gegen die Gewalt wird angefordert und die rücksichtslose Unterdrückung aller Bewegungen verlangt, die einen bewaffneten Kampf nach außen oder innen anstreben. Weiter wird die Heranziehung der bestehenden Kräfte zu den wirtschaftlichen und steuerlichen Opfern verlangt. Die Entschließung wendet sich gegen jeden Versuch, der geeignet ist, den Widerstand zu lähmen oder den Kampf zu verlängern. Die Reichsregierung wird aufgefordert, keine Möglichkeit ungenutzt zu lassen, durch Verhandlungen gleichberechtigter Regierungen den Ruhrkampf zu beenden und die Reparationskrisis zu lösen.

Rohbach verhaftet.

Der Leutnant a. D. von Rohbach, bekannt durch seine Teilnahme am Kapp-Putsch und als Freikorpsführer zur Zeit der Abstimmungsurteilen in Oberschlesien, ist am Samstag abend verhaftet worden. In den Bureauräumen einer den Rohbach betriebenen „deutschen Aunfust“ in Wannsee fand am Samstag abend eine Zusammenkunft jüngerer Leute statt, die Rohbach nahesteht. Die Versammlung wurde nach der Festnahme Rohbachs aufgelöst und die Bureauräume durchsucht. Gegen Rohbach wurde ein polizeiliches Ermittlungsverfahren wegen dringendem Verdacht des Verstoßes gegen das Gesetz zum Schutze der Republik eingeleitet. Er ist in die Werbung von Freiwilligen verwickelt, die zu gegebener Zeit im Ruhrgebiet loszulegen sollten. Politische Freunde Rohbachs haben übrigens bereits mit einer Aktion eingesezt, die seine Enttötung zum Ziel hat. Eine Entscheidung ist darüber noch nicht gefallen.

Zum Fall Geisler

schreibt die „Frf. Ztg.“ in Nr. 207 anlässlich einer ihrer Bemerkungen“ folgendes:

„Die Öffentlichkeit hat sich in der letzten Zeit wiederholt mit dem Fall Geisler beschäftigt müssen, der nun seinen Abschluß damit gefunden hat, daß Geisler aus der Deutschen Volkspartei ausgeschlossen ist. Auch die „Kölnische Zeitung“ bezeichnet in einem Rückblick auf die ganze Angelegenheit die Umtriebe Geislers als „verhängnisvoll und gemeingefährlich“ und fügt hinzu:

„Das Kennzeichnende an dem Fall Geisler ist die Tatsache, daß Leute ohne politische Vorzüge bei gewissen Stellen des Bürgerertums Geld in Fülle u. Fülle bekommen, wenn sie nur das Gespenst des Bolschewismus oder Sozialismus an die Wand malen und sich mit großem Phrasengebüß zu Gespöster-austreibung empfehlen. Man scheint in diesen Kreisen des Bürgerertums aus den unheilvollen Folgen der Tätigkeit des

Weltverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie nicht die kleinste Spur gelernt zu haben. Überall, wo eine Stabilität, Hülfe oder Weisheit in Gang kommt, sind Gelder in flauenretender Menge da, die von einigen politischen Monteuren in der leidenschaftlichsten Weise ausgegeben werden, um das deutsche Volk mit allen Kräften zu verhexen und in feindliche Lager zu spalten.

Es ist gut, daß das in einem Organ der Deutschen Volkspartei steht. Nicht am wenigsten in ihrem Umkreise sind die Stellen des Bürgertums zu finden, von denen die „Kölnische Zeitung“ spricht.

Weltbetrachtungen eines Japaners.

D.A.I. Weltbetrachtungen eines Japaners“ bezieht sich ein kleines ausgezeichnetes Büchlein, das S. Meda, ein japanischer Gelehrter, der sich augenblicklich in Deutschland aufhält und von hier aus über europäische und deutsche Politik auch einer großen und angesehenen Zeitung Japans berichtet, soeben im Kuzo und Heimat-Verlag (Stuttgart, Neues Schloß) erschienen ist. Es ist ein ganz erstaunlich gut und flüssig in bildreicher und edler Sprache geschriebenes Werkchen, das von der hohen philosophischen Schulung seines Verfassers Kunde gibt. Meda ist in dem Wissen seiner Heimat wie dem des Westens bewandert, er zitiert seinen Goethe, Schiller und Kipling ebenso wie Darwin, Newton und Einstein, Laotse oder Mengzi. Mit hohem idealistischem Schwung tritt er für eine Verständigung der Völker des Ostens und des Westens ein, namentlich zwischen Japan und Deutschland wünscht er Frieden und Verständigung. In Russland sieht er die Völker- und Kulturbrücke zwischen Ost und West und ein deutsch-russisch-japanischer Bund scheint ihm die „Goldbrücke“ der Welt zu sein. Für das grausame Vorgehen der Alliierten, wie es in der Emmerichs-Lage findet er ebenso feine wie treffend ein kritisches Urteil in der Erzählung der Geschichte aus der japanischen Überlieferung: Zwei Hütchen betrogen sich, und als ein dritter dem einen Gegner den Salztrichter in sein Gefäß nicht sandte, übermittelte der andere Gegner seinem Feinde dieses nötige Salz, denn er wolle seinen Gegner besiegen, aber nicht die Gesundheit des Volkes zugrunde richten! Diese einfache Erzählung gemißt auch vollkommen, um das vernichtende Urteil über die Barbarei der Alliierten im Weltkrieg zu fällen. Meda vertraut seit auf einen Wiederaufstieg Deutschlands zu aktiver Weltpolitik, er bewundert die unermüdbare Tätigkeit, mit der Deutschland an diesem seinem Wiederaufstieg arbeitet. Er beurteilt scharf das sibirische Abenteuer seiner eigenen japanischen Heimat-Politik und predigt von hoher philosophischer Höhe aus Deutschland und den leidenden Völkern „Das Licht des Schweigens“: Die Natur, die Wärme und Gräser wachsen schweigend empor, entfalten sich mit hemmungsloser Kraft. So sollten auch die Menschen schweigend dulden und sich erportanten. Zum Angriff gehörte gewiß Kraft, Härte und gewaltigere aber zum Dulden und Ertragen.

Kurze Nachrichten.

- * Das schweizerisch-französische Zonenabkommen. Der schweizerische Bundesrat hat der französischen Regierung eine Note überreicht, in der er erklärt, daß er außer Stande sei, das Zonenabkommen zu ratifizieren. Die Note gibt der Hoffnung Ausdruck, daß das Nichtzustandekommen der Vereinbarung keine nachteiligen Auswirkungen auf die Grenzgebiete der beiden Länder haben möge.
- * Die deutschen Geleise im Suchhaus. Die von den Franzosen als Geleise verhafteten Herren Scheinrat Dr. Quaag, Dr. Bolmer und der Direktor des Barmer Bankvereins sind in das Suchhaus nach Werden gebracht worden.
- * Am Montag weilte der französische Minister der öffentlichen Arbeiten Le Troquer in Essen. Zur „Feier des Tages“ zog eine militärische Musikkapelle durch die Straßen. Im Hotel „Kaiserhof“ fand ein Festessen statt, an dem außer dem Minister u. a. die Generale Depoutre, Fournier und Pajot und der gegenwärtige Leiter der Ingenieur-Kommission, Franzen, teilnahmen.
- * Hauptquartier Düsseldorf. Die Verlegung des Generalstabs der Wehrarmee von Mainz nach Düsseldorf ist einer Düsseldorfener Gewerkschaft zufolge Montag durchgeführt worden. Die Dienststellen des Generalstabs werden im Stahlhof in Düsseldorf untergebracht.
- * Verfassungsänderung in Anhalt. Der anhaltische Landtag beschloß mit mehr als Zweidrittelmehrheit, daß der Landtag der bisher eine dreijährige Legislaturperiode hatte, alle vier Jahre neu zu wählen ist. Somit werden künftig in Anhalt Reichstags- und Landtagswahlen zusammenfallen.

Badische Übersicht. Der Abwehrkampf.

N.-S. Karlsruhe, 21. März.

Der Abwehrkampf, in den die französische Willkür die badische Bevölkerung nun auch unmittelbar hineinverwickelt hat, wird bei uns in derselben Art, wie an der Ruhr und im Rheinland, durchgeführt. Wenn auch bis jetzt schwerere Zusammenstöße mit blutigem Ausgang gottlob vermieden worden sind, so ist doch der Druck, den Frankreich gegen die französischen Besatzungsbehörden ausüben, an sich genau so hart und genau so brutal, wie der an der Ruhr. Und die Willkürlichkeit, mit der neue Befehle vorgenommen werden, ist ebenfalls die gleiche.

Selbstverständlich trägt diese Willkürlichkeit eine große Verantwortung in die Bevölkerung, eine Verantwortung, unter der vor allem die Wirtschaftskreise zu leiden haben. Niemand weiß, was der nächste Tag bringen kann. Innerlich hat man sich wohl auf neue Befehle eingestellt, aber das ändert an dem Zustand der Unsicherheit selbst nichts.

Daß den Franzosen diese Stimmungen nicht unbekannt sind, darf man voraussetzen. In der Nähe befehlen, präsentiert sich ja überhaupt der Abwehrkampf wesentlich anders, als er in der Phantasie rechtsradikaler Weisprose ausschaut. Nach den ebenso gefährlichen, wie phantastischen Vorstellungen einzelner dieser Leute führt das deutsche Volk, und zwar die besetzten Gebiete voran, mit ebenso viel Eingabe wie Vergewaltigen einen fruchtlosen Krieg. Nur, in Wahrheit sieht das Bild ganz anders aus.

Die Leiden der besetzten Gebiete sind — und das gilt auch für Baden — unfähig groß. Eine kurze Zeitungsmeldung, die durch das ganze Reich ihre Runde macht, wird meistens rasch überlesen und dann vergessen. Nur die Wenigsten stellen sich vor, wozu eine Unsumme von Leid und

Schmerz, Kränkung und Jammer hinter einer solchen Notiz steht. Nur wer es am eigenen Leibe verspürt hat oder selber mit beobachtet, was das eigentlich bedeutet, auszuweisen zu werden, der wird die Leiden der besetzten Gebiete richtig beurteilen können. Folgt dann aber der Ausweisung noch die Ausweisung der Familie und die Beschlagnahme der Wohnung, an der das Herz der Bewohner hängt, so nimmt der Jammer oft erschütternde Formen an. Alles dies aber ist schließlich noch erträglich im Vergleich zu den Bedrohungen der Freiheit und des Lebens, zu den Inhaftierungen und Vergewaltigungen, die sich sonst der französische Nachbarn leistet. Und dann die Sorge um das tägliche Brot, um Nahrung, Kleidung und Heizung!

Fürwahr: es ist eine Zeit schwerster Entbehrungen und grauhammer Opfer, die die Bevölkerung der besetzten Gebiete durchzumachen hat. Und wenn es nicht die Vaterlandsliebe, die Überzeugung von der Unveräußerlichkeit unserer Rechte wäre, die diesen Abwehrkampf lebendig erhalte, so wäre er sicherlich schon zusammengebrochen. Hier liegen die starken Wurzeln unserer Kraft. Das Gefühl, daß wir in den besetzten Gebieten deutschen Boden, deutsche Kultur und deutsches Recht einem brutalen Eindringling gegenüber zu verteidigen haben, hält die Gemüter aufrecht und wird sie weiter aufrecht halten.

Wir sehen die Dinge, wie sie sind. Sie sind tragisch und furchtbar, aber sie lassen dennoch keinen Raum für irgend welche Spekulationen auf Nachgiebigkeit. Es ist kein sinnloser Kampf, der wir hier führen, sondern ein Kampf, dessen Ernst und Bedeutung alle richtig erkennen. Aber gerade aus dieser Erkenntnis wächst die Widerstandskraft. Und an dieser Widerstandskraft wird die französische Willkür zerschellen, im Westen, wie im Südwesten des Reiches.

Ausgewiesene in Mannheim.

Ankunft von Familien ausgewiesener pfälzischer Zollbeamter in Mannheim.

Elf Familien von ausgewiesenen Zollbeamten aus Bruchmühlbach trafen Montag auf mehreren Lastautos in Mannheim ein. Außer den Frauen befanden sich 17 Kinder im Alter von 8 Wochen bis etwa 18 Jahren unter den ausgewiesenen Familienangehörigen. Für die ganz kleinen Kinder mit ihren Müttern wie für mehrere Kranke war ein Kaiserlauterner Sanitätsauto zur Verfügung gestellt worden. Die Mütter der Ausgewiesenen sind zum größten Teil schon in Mannheim eingetroffen und konnten, dank dem Entgegenkommen der Eisenbahnbetriebsinspektion Mannheim, zum größten Teil noch Abends überleben werden.

Bei einem Empfangsabend im Hotel Union, wo die ausgewiesenen Familien untergebracht sind, begrüßte ein vor einiger Zeit ausgewiesener seine Lebensgefährtin, unter denen sich auch einige der künftigen als Heimalen und Zweibrücken ausgewiesenen Einwohner befanden. Ein Vertreter des am Erscheinen verhinderten Staatskommissars für die Pfalz sprach den Ausgewiesenen im Namen der bayerischen und Reichsregierung den herzlichsten Dank aus und hat sie, in ihrem neuen Wirkungskreis dafür zu sorgen, daß auch im rechtsrheinischen das Verständnis für die Lage im besetzten Gebiet noch vertieft wird. Die Ausgewiesenen reifen in den nächsten Tagen, soweit sie noch nicht in neue Dienststellen eingewiesen sind, nach Würzburg weiter, wo sie vorläufig ihre weitere Verwendung im Zoldienst abwarten.

Die badische Weinmosternte im Jahr 1922

Das Herbsttragnis des Jahres 1922 mit 800 000 (genau: 806 000) Hektoliter Most übertraf, laut Nr. 2 der Statistischen Mitteilungen über das Land Baden, alle Weinmosternten der letzten 20 Jahre. Am nächsten kommt ihm nach das Jahr 1905 mit einem Ertrag von 787 300 Hektoliter; in den Jahren 1911 und 1921 wurde mit 365 000 und 280 000 Hektoliter noch nicht einmal die Hälfte des Herbstes 1922 erreicht. Wenn man allerdings den Wert dieser beiden Ernten mit dem des verflohenen Jahres vergleicht, schneiden die ersteren doch besser ab. Ein so vorzüglicher Tropfen wie im heißen, regenarmen Sommer und Herbst der Jahre 1911 und 1921 konnte bei der nassen, kühlen Witterung des Jahres 1922 nicht wachsen. Immerhin mag der badische Rebauer sich damit trösten, daß es reichlich Weinstock gegeben hat.

Am dem reichen Herbst waren die wichtigsten Weinbaugenden des Landes in gleicher Weise beteiligt. An der Spitze steht das Markgräflerland mit 1/4 Million Hektoliter, in der Ortenau und Bühlergegend wurden 160 871, am Kaiserstuhl 150 043 und im Breisgau 154 683 Hektoliter geerntet. In den übrigen Weinbaugebieten sind die Erträge erheblich geringer. Sie schwanken zwischen 9000 und 51 500 Hektoliter; am niedrigsten war der Ertrag in der Main- und Taubergegend (1760 Hektoliter).

Von der Gesamternte waren nahezu 700 000 (genau: 698 056) Hektoliter Weißwein, 57 444 Hektoliter Rotwein und 50 496 Hektoliter Schiller. Der Hauptanteil des im Jahr 1922 gewonnenen Weißweins entfällt auf das Markgräflerland (247 345 Hektoliter); Rotwein wurden am Kaiserstuhl 15 249, in der Ortenau 16 431, in der unteren Rheingegend 10 231 Hektoliter gewonnen.

Im Durchschnitt des Landes wurden im Jahr 1922 auf den Hektar Weinberg 82 Hektoliter geerntet; dies ist auch der Durchschnittsertrag des Kaiserstuhls (82,5 Hektoliter). Etwas größer ist der Ertrag im Breisgau (67,7 Hektoliter); am höchsten war er im Markgräflerland (92,5 Hektoliter); die übrigen Weinbaugenden lieferten unter 60 Hektoliter; am Main und an der Tauber konnte nur das geringe Ergebnis von 4,9 Hektoliter auf den Hektar erzielt werden.

Trotz der geringen Mostgewichte — Angaben über 70° gehören zu den Seltenheiten, die Regel bilden vielmehr solche bis zu 50° herunter — wurden recht hohe Preise für den 1922er Most erzielt. Der zunehmende Weinverbrauch, die gestiegene Kaufkraft der Welt, sowie die Nähe des balastischen Auslandes erklären das zur Genüge. Auf Grund des gemeldeten Durchschnittspreises von 6100 M. für das Hektoliter neuen Wein, läßt sich ein Gesamtwert der badischen Weinmosternte im Jahr 1922 auf rund 5 Milliarden Papiermark schätzen. Aber auch dieser Preis ist heute längst überholt und hat nur als erste Preisangabe gleich nach der Aelterung Geltung.

Wie aus den Mitteilungen des Württembergischen Statistischen Landesamtes S. 2 hervorgeht, war das Ergebnis des Weinjahres in unserem Nachbarlande daselbe wie in Baden. Mit einem Ertrag von rund 400 000 Hektoliter (400 878) im Jahre 1922 wurde das Tragnis des Jahres 1921 um mehr

als das Doppelte überschritten. Geringer bleiben die Gektar-erträge in Württemberg hinter den badischen Durchschnittserträgen erheblich zurück; während in Baden 82 Hektoliter auf den Hektar geerntet werden konnten, betrug die entsprechende Menge in Württemberg nur 36,8 Hektoliter. Dieser Unterschied erklärt sich in der Hauptsache daraus, daß die württembergischen Weinbaugenden mit denen des badischen Oberlandes sich nicht vergleichen lassen. Vergleichbar sind nur die Weinbaugenden des badischen und württembergischen Unterlandes und dort beobachten wir in der Tat eine große Übereinstimmung in den Erträgen. An der württembergischen Tauber wird sogar durchschnittlich dreimal soviel Wein geerntet wie im badischen Taubergau. Im württembergischen Taubergau hat sich der Rebau stärker gehalten, beide Gebiete leiden aber unter ungünstigen Bodenverhältnissen.

Weiter sieht auch in Württemberg dem Massenetragnis die geringere Güte des Gewächses gegenüber. Die Mostgewichte betragen wie in Baden zwischen 60 und 70° Höhe.

Für den Hektoliter Most wurden unter der Keller durchschnittlich 2200 M. bezahlt. Die verkaufte Menge betrug 283 126 Hektoliter. Der Geldwert des gesamten Weinjahres wird auf 2,2 Milliarden Papiermark veranschlagt. Es scheint dies auf den ersten Augenblick eine gewaltige Summe, bedeutet aber umgerechnet in den Vorkriegswert nach dem Maßstab der Reichsindexziffer für die Lebenshaltung eine wesentlich geringere Einnahme der Rebbesitzer gegenüber den Friedens-einnahmen.

Förderung des deutschen Wareneports.

Die vollkommene Annäherung der Weltmarktpreise an die deutschen Inlandpreise haben bekanntlich zu einer erheblichen Störung des an sich schon nicht sehr bedeutenden deutschen Exportgeschäftes geführt. Der Zentralverband des Deutschen Großhandels befürwortet deshalb in einem Schreiben an den Reichswirtschaftsminister dringend die Befreiung einer Reihe von überflüssigen Fesseln des Exporthandels, vor allem die Befreiung der Preisprüfung, der Ausfuhrabgabe und der Lieferverwehrenscheinung. In der Begründung hierzu heißt es:

Wir haben schon von jeher die Auffassung vertreten, daß das Prinzip der Kontrolle und Genehmigung jedes einzelnen Geschäftsabschlusses seitens einer Außenhandelsstelle, die weitere Prüfung durch Preisprüfstellen, die Festsetzung von Mindestverkaufspreisen, die Belastung mit Gebühren aller Art, mit einer sozialen Ausfuhrabgabe, mit Aufschlägen für Preisprüfstellen für Preisbeiträge, für die Organisation des Reichskommissars und dergl. mehr das einzelne Geschäft so erschweren, daß ein flüssiger Export des deutschen Exportes die notwendige Folge sein muß. Besonders aus dem besetzten Gebiet gelangen neuerdings immer stärkere Klagen über diese nun bereits jahrelang bestehenden Fesseln, die höchstens in Zeiten starker Wertverschiedenheit im Inland und Ausland einen Schein von Berechtigung haben konnten. Die Außenhandelskontrolle ist heute durch das Vorgehen der Franzosen und Belgier im Westen des Reiches wesentlich durchlöcherter. Gerade jetzt kommt es darauf an, den Export deutscher Waren nach allen Kräften zu fördern, da eine dauernde Hochhaltung des Marktpreises nur durch verstärkten Export stattfinden kann. Auf eine große Anzahl von Waren sind heute Mindestpreise festgesetzt, von denen jeder der Beteiligten weiß, daß auch nicht ein Geschäftsabschluss zu diesen Mindestpreisen möglich ist. Jedes einzelne Exportgeschäft in diesen Branchen findet unter offenkundiger Verletzung der Außenhandelskontrolle statt. Im Exporthandel bricht sich mehr und mehr das Bestreben Bahn, die ausländische Konkurrenz nicht mehr mit deutschen Waren, sondern zu einem starken, wenn nicht überwiegenden Teil mit schwebischen, englischen und Fertigprodukten anderer Länder zu beliefern.

Aus der Landeshauptstadt.

* Gold-Spareinlagen. Die Badische Landwirtschaftsbank e. G. m. b. H. bringt, den neuen Verhältnissen Rechnung tragend, auch eine auf der vom Deutschen Reich herausgegebenen Dollarschuldenanweisung aufgebaute 6% Gold-Spareinlage zur Einführung. Die ausgestellten Schuldcheine lauten auf ein, zwei, drei u. s. w. Dollar-Gold. Als Preis gilt der jeweilige Tageskurs der Dollarschuldenanweisungen des Deutschen Reiches. Die Rückführung der Bank besteht in der Anlage der eingeleiteten Werte in diesen Dollarschuldenanweisungen. Die Rückzahlung des Kapitals erfolgt nach vorausgegangener einmonatlicher Kündigungsfrist auf Monatsende. Die Badische Landwirtschaftsbank bietet hiermit Gelegenheit auf der Dollarschuldenanweisungsbasis Markspareinlagen schon vom Gegenwert eines Dollars an anzulegen.

* Landes-Theater. Als Schülervorstellung geht heute Mitwoch, den 21. März Schillers „Wilhelm Tell“ in Szene, und am Samstag, den 24. März (Abend, 8. 10) gelangt die Neuenstudierung von Lessings „Nathan der Weise“ zur zweiten Wiederholung. — Palmsonntag, den 25. März, gelangt das musikalische Schauspiel „Der Evangelimann“ von Wilhelm Kienzi zur Aufführung. — Für Gründonnerstag und beide Osterfeiertage ist Wagner's Weibeseckspiel „Parsifal“ unter Leitung der Herren Kapellmeister Lorenz und Oberregisseur Turrau angelegt.

* Im Konzerthaus wird am Palmsonntag, den 25. März, das Schauspiel „Alt-Geidelberg“ von Wilhelm Meyer-Förster die sechste Aufführung in dieser Spielzeit erleben.

Freie Aussprache.

Wir veröffentlichen unten vieles, vom übrigen reaktionären Teil abgrenzenden haben beachtenswerte Vorlegungen und Anregungen aus allen Parteilagern, um auf diese Weise eine freie Aussprache zu ermöglichen. Selbstverständlich können sich diese Reden auch auf andere politische Verantwortung beziehen.

Soziale Forderungen.

Von Verbandssekretär Fehreke, Willingen.

I.

Studiert man die Presse des Landes, dann macht man die Feststellung, daß sich bestimmte Interessentengruppen recht kräftig ins Zeug legen, um sowohl der Reichsregierung, als auch dem badischen Innenministerium und dem Generalstaatsanwalt Knüppel zwischen die Beine zu werfen, damit die Aktion im Sinne des Preisabbaues mißgünstig und dadurch abgeschwächt werde. Das geschieht auf mannigfache Art und Weise. Am besten können darüber die Redaktionen derjenigen Provinzialblätter ein Bild fassen, die sich in den letzten Wochen etwas aus ihrer Zurückhaltung gegenüber dem egoistischen Gewinnstreben bestimmter Wirtschaftskreise hervorwagten und sich in bescheidenem Maße für die Preisabbauaktion einsetzten! Es gibt nicht wenige Interessenten in Industrie und Handel, die absolut nichts vom Preisabbau wissen wollen und darum, wie ich in verschiedenen Orten festzustellen Gelegenheit hatte, Sturm gegen alle diejenigen laufen, die dem Gebot der Stunde Rechnung tragend, aus Pflichtgefühl, gegenüber Volk und Vaterland handeln und sich auf den Boden der Preisfesthaltung stellen. Die breiten Kreise des Volkes, die der Provinzialblätter die Gießzähne ausgerissen wünschen, stehen jedoch geschlossen hinter

Reichs- und Landesregierung, überzeugt davon, daß der Erfolg des rühmlichen nationalen Abwehrkampfes unserer um die Erhaltung des deutschen Reiches und seiner Wirtschaft kämpfenden Brüder im Ruhrgebiet und in Baden nicht zuletzt davon abhängt, daß auch „hinter der Front“ jeder seine volle Pflicht und Schuldigkeit tut. Geschicht dies nicht, so wird die Kampffront, ähnlich wie im Weltkrieg, durch das schlechte Beispiel demoralisiert, zermüht.

Es ist — darüber sollte sich jeder klar sein — im gegenwärtigen Moment zunächst zwingende Pflicht, daß der Egoismus im Wirtschaftsleben vor der großen Not weitester Kreise unseres Volkes Halt macht; die Bewucherung unserer Volksgenossen hat endlich aufgehört. Mit einer unserer führenden Handelskammern gehe ich einig, die dieser Tage dem Reichs- wirtschafminister u. a. erklärte, daß die Verbände des Handels, der Industrie und des Handwerks darauf hinzuwirken hätten, daß der Augen auf das denkbar geringste Maß zu beschränken sei. Diese Forderung hat sinngemäße Anwendung auf die Landwirtschaft zu finden. Wer anders, als hier gefordert, handelt, veründigt sich schwer am Vaterlande. Es wäre deshalb sehr zu begrüßen, wenn in Baden auch die Wirtschaftskammern, statt gleichgültig zuzuschauen, auf diejenigen Kreise, die hinter ihnen stehen, ihren Einfluß der Belehrung und Selbstbeherrschung geltend machten. Das ist um so mehr notwendig, als die Frage des Preisabbaues gerade im gegenwärtigen Augenblick, wo wir in der deutschen Wirtschaft gegenüber der schamlosen und brutalen Unterdrückungspolitik der Franzosen nach wirtschaftlichen Erleichterungen suchen, von allergrößter innen- und außenpolitischer Bedeutung ist. Kommt der Preisabbau jetzt nicht zur Durchführung, dann wird dies das Gesamtvertrauen schwerstens zu büßen haben.

Auf diesen Gedankengang sollte sich aber auch jede bezirksliche und kommunale und jede gerichtliche Stelle einstellen. Regierung und Generalaufsicht sind dringend zu bitten, kontrollierend danach zu schauen, ob draußen im Lande auch wirklich nicht getan wird, was sie von den ihnen unterstehenden Stellen verlangten und verlangen müssen!

Sehr zu begrüßen wäre es, wenn die badische Regierung in Berlin sich dafür einsetzen würde, daß der neumanifestierten Syndikal- und Preisbewegungspolitik ganz energisch zu Leibe gerückt wird, ferner könnte unsere Regierung vielleicht in Baden selber dafür Sorge tragen, daß die Preisfestsetzungsstellen und Preisprüfungsstellen geschickte Sachmittel in den Rufen gestellt bekommen, um wirklich praktische Arbeit im Rahmen ihres Aufgabensbereiches zu leisten. Wer sich in der bisherigen Arbeit der Preisprüfungsstellen auskennt, weiß, daß sie sich im Schweiße des Angesichts ihrer Mitglieder aus den Kreisen der Konsumenten abmühen, um — so gut wie nichts gegen den Widerstand der verkaufenden Ständevertreter auszurichten, die es in nicht wenigen Fällen vorzogen, der Einleitung zu den Sitzungen der Preisprüfungsstellen überhaupt nicht zu folgen, um dadurch die Tätigkeit der Preisprüfungsstellen ganz und gar illusorisch zu machen.

II.

Im engsten Zusammenhang mit den Bestrebungen der Bekämpfung der Preistreibererei steht die Hotelindustrie, z. B. des Schwarzwaldes. Von großer Bedeutung ist der Beschluß einer Konferenz der Ortsausschüsse des Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Kartelle der örtlichen Gewerkschaften des Schwarzwaldes, den Innenminister dringend zu bitten, für dieses Jahr den gesamten Fremdenverkehr in den Kurorten strikte zu unterbinden. Zu dieser energischen Entscheidung kamen die Konferenzteilnehmer, nachdem sie auch im letzten Sommer die denkbar schlechtesten Erfahrungen mit den Kurfremden gemacht haben. Es muß zunächst daran erinnert werden, daß neuerdings die Gasthof- und Hotelbesitzer, von ganz vereinzelten Ausnahmefällen abgesehen, die Fremden als Objekt betrachten, aus denen alles an Gewinn herausgeholt wird, was man glaubt aus ihnen herauszuholen zu können. Für dieses Jahr sind Preissteigerungen vorgesehen, die dazwischen liegen, daß sie nur von katastrophalen Ausländern und Ganzreichen bezogen werden können. Dadurch werden erst recht alle diejenigen, die in früheren Jahren auch aus den mittleren bürgerlichen Kreisen auf den Schwarzwald kamen, verdrängt um den schwerverdienenden Kreisen Platz zu machen. Das Proletariat „mit vorzüglicher Gesundheit“ wird jetzt dominieren. Diesen Gesellschaftsschichten wird ein Preissteigerungsantrag überlassen, der sich in seinen verschiedenen Schattierungen auf die ortsansässige Bevölkerung „abstößt“. Hier steht die bedauernde Schattenseite des Fremdenverkehrs ein. Die Arbeitnehmerschaft hat unter dem Hoteliergewerbe verschuldeten Preistreibererei überaus empfindlich zu leiden. Es ist in keiner Hinsicht übertrieben, wenn gesagt wird, daß besonders die Arbeiter in den Kurorten ein wahres Martyrium durchmacht. Ein sehr schmales Leben muß unsere Arbeitnehmerschaft bis in die höheren Beamtenkreise führen, das unter dem Einfluß des öffentlichen luxuriösen Lebens der Fremden auch sehr nicht unbeträchtlich bleibt. Die an sich schon miserable Lage der Heimbevölkerung wird weiter dadurch erschwert, daß die meisten Fremden an Milch, Butter, Eiern usw. hamstern, was ihnen in die Finger kommt. Taus aber die Fremden nicht, dann tun auf alle Fälle sowieso die Hotels. Dabei wird jeder Preis bezahlt. Dadurch wird für die ortsansässige Bevölkerung, insbesondere die Arbeitnehmerschaft eine Situation geschaffen, die zwingt, stundenweit die Nahrungsmittel heranzuschaffen. Die strenge Anweisung des Ministers im vorigen Jahre, daß die Fremden nicht hamstern dürfen und die Hotelindustrie Auslandsnahrungsmittel für die Fremden zu verwenden hätte, ist in sehr vielen Fällen ignoriert worden.

Der Preisabbau hat jetzt unbedingt zu erfolgen — er wird aber nicht durchzuführen lassen, wenn in diesem Jahre die Fremdenindustrie wieder in der bisherigen Weise weiterfahren darf. Was das jetzt bei der Lohnfestsetzung und der Wirtschafts-

preise bedeuten würde, das brauche ich nicht näher darzulegen. Der Minister wurde noch gebeten, so zu disponieren, daß unsere von der französischen Sabotage aus Heim und Familie vertriebenen Volksgenossen im Ruhrgebiet und in Baden in den Schwarzwaldhotels untergebracht werden, ein Vorschlag, der der Fremdenindustrie entgegenkommt und der auch im Interesse der Linderung der Wohnungsnot der Städte und der Preisgestaltung der Gasthäuser und Hotels liegt, die vom Staate aus die Kosten für Unterbringung und Beföstigung der Ausgewiesenen beglichen bekommen.

Ich bin mir bei dem rückfälligen Berufsgeheimnis, der in der Fremdenindustrie herrscht, nicht einen Augenblick darüber im Zweifel, daß das an den Minister gestellte Ersuchen, in diesem Jahre den Fremdenverkehr zu verbieten, eine recht notwendige und laute Gegenbewegung hervorruft wird. Dennoch lasse ich mich von meiner Überzeugung, daß das gänzliche Verbot des Fremdenverkehrs als eine sehr wesentliche unerläßliche Voraussetzung der wirksamen Durchführung der allgemeinen Preisfestsetzungsaktion zu betrachten ist, nicht abbringen. Seien wir uns darüber einig, daß der jetzt leise begonnene Preisabbau durch den Fremdenverkehr vollständig illusorisch gemacht würde! Gegenwärtig man sich die Verhältnisse nur im vorigen Jahre, wo nicht nur die Lebensmittelpreise durch die Fremdenindustrie in die Höhe getrieben wurde, sondern auch die Löhne aller Art in den Städten fast ausverkauft und auch dort ein unheilvoller Einfluß auf unsere Wirtschaft von den Fremden, insbesondere des Auslandes ausgeübt wurde. Soll der Ausbeutungszug dieses modernen Ausbeutertums sich wiederholen? Vieles steht in dieser Frage auf dem Spiele, das uns, was nicht aus dem Auge gelassen werden darf. Nochmals sage ich mit allem Nachdruck: Der Egoismus im Wirtschaftsleben hat an der großen Not weitester Kreise unseres Volkes Halt zu machen. Das Interesse Einzelner hat vor dem Interesse der Gesamtheit zurückzutreten. Daß das geschieht, dafür haben unsere Regierungen mit starker Hand zu sorgen.

Verschiedenes.

* **Vorgeschichtsfunde auf der Akropolis.** Das Staatliche Archäologische Institut von Athen hat jetzt am Südbügel der Burg eine Anzahl von Hausmauern vorgeschichtlicher Zeit aufgedeckt, ein Beweis dafür, daß der später der Akropolis geweihte Burgfelsen schon in der Urzeit die Ansiedler gelockt hat. Sie benutzten eine natürliche Föhlung des Felsens, deren Vertiefungen zur Herstellung eines Fußbodens mit Erde und Steinen aufgefüllt waren. An der Südseite, wo der Felsen keine Stütze gewährte, war eine Mauer aus Lehm ausgeführt. Der Hausgrundriß ist ungefähr rechteckig gewesen, der Hof war kunstvoll aus Steinen zusammengebaut und neben ihm lagen Tierställe.

Badisches Landestheater.

Donnerstag, 22. März. 6^{1/2} u. 8^{1/2} Uhr. Sp. I 5500 M. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 301-600.

Meister Guido.

Spielplan vom 24. März bis 3. April 1923.

Im Landestheater. Sa. 24.* Abonn. B. 16. Nathan der Weise. 6^{1/2}. (Sp. I. 4000.) Th.-Gem. B.V.B. Nr. 1101-1400. — So. 25.* Der Evangelist. 6^{1/2}. (Sp. I. 7000. Aufzählungen auf Vorzugskarten: I. Rang etc. 2700, Sp. II. etc. 2300, II. Rang 1800, III. Rang 1400, IV. Rang 1000.) — Mo. 26. Volksbühne. P. 6. Das Postamt. Die Komödie der Irrungen. 7. (Sp. I. 4000.) — Die 27.* Abonn. C. 17. Fidele. 7. (Sp. I. 5500.) Th.-Gem. B.V.B. Nr. 601-700, 2201-2400. — Do. 29.* Parsifal. 5. (Sp. I. 10000. Aufzählungen auf Vorzugskarten: I. Rang etc. 5000, Sp. II. etc. 4600, I. Rang 3800, III. Rang 2600, IV. Rang 2000.) — Fr. 30. Karfreitags-Konzert. 3 Kirchenkantaten für Soli, Chor und Orchester von J. S. Bach. 5. (Sp. I. 1400.) — Sa. 31.* Abonn. E. 17. Menschikow und Katharina. 7. (Sp. I. 4000.) — So. 1. April. Parsifal. 4. (Sp. I. 10000.) — Mo. 2. Parsifal. 4. (Sp. I. 10000.) — Die 3. Volksbühne. P. 7. Das Postamt. Die Komödie der Irrungen. 7. (Sp. I. 4000.)

Im Konzerthaus. So. 25. nachm. 3. Volksbühne. Q. 5. Erde. Abends 7.* Altheidelberg. (Park. I. 3000.) — Mi. 28. Volksbühne. Q. 6. Erde. 7. — So. 1. April. nachm. 3. Volksbühne. Q. 7. Erde. Abends 7.* Neu einstudiert. Die fünf Frankfurter. (Park. I. 3000.) — Mo. 2.* Die fünf Frankfurter. 7. (Park. I. 3000.)

Vorrecht für Umtausch der Vorzugskarten und Vorkaufrecht der Abonnenten und Inhaber von Vorzugskarten am Donnerstag, den 22., nachm. 1/4-5 Uhr, allgemeiner Vorverkauf und weiterer Umtausch von Freitag, den 23. März nachm. 1/4 Uhr an.

Auslösung der Karten für die Teilnehmer der Theater-Gemeinde jeweils am Vortag der Auf- führung in der Geschäftsstelle. (10-1/2, 4-6 Uhr).

BAUBUND-MÖBEL

in bewährter Güte
und reicher Auswahl
zu angemessenen Preisen
gegen Barzahlung
oder auf Teilzahlung.

Eigene Verkaufsstellen:
KARLSRUHE, Karlsruherstr. 22
FREIBURG, Kaiserstr. 27
BRUCHSAL, Gewerbehalle a. Markt
PFORZHEIM, Theaterstr. 15
OFFENBURG, Steinstr. 2
MANNHEIM, Schloß, rechter Flü-
gel, Reitbahn

B. 160

BADISCHER BAUBUND G.M.B.H.

Gemeinnütziger Möbelvertrieb
Telephon 5157. Karlsruhe am Rondellplatz.

Einkaufsgenossenschaft der Beamten und Staatsarbeiter in Baden m. b. H., Sitz Karlsruhe.

Die diesjährige ordentliche Frühjahrsgeneral- versammlung findet am Sonntag den 15. April in Donaueschingen im Saale des Gasthauses zum Schützen statt und beginnt pünktlich 1/2 2 Uhr nach- mittags.

Anträge hierfür wollen sapsungsgemäß bis 3. April 1923 dem Vorsitzenden des Aufsichtsrates, Herrn Eisenbahnammann Gengel, Kriegsstraße 7 — alter Personenbahnhof — schriftlich überhandt werden. Die genaue Tagesordnung wird rechtzeitig bekannt gegeben. Verpätet gestellte Anträge finden keine Berücksichtigung. Karlsruhe, den 10. März 1923. B. 323

Der Vorstand: Für den Aufsichtsrat: Schäfer, Kaffner. Gengel.

Die Festsetzung der Ortslööhne nach der Reichs- versicherungsordnung für den Amtsbezirk Karlsruhe betr.

Mit Entscheidung des Badischen Oberversicherungs- amts Karlsruhe vom 12. März 1923, Nr. 214, wird das gemäß §§ 149 ff. R.V.O. für den Bezirk des Ver- sicherungsamts Karlsruhe mit Wirkung vom 19. Febr. 1923 festgesetzte ortsbildliche Tagesentgelt gewöhnlicher Tagelöhner (Ortslohn) mit Wirkung vom 15. März 1923 wie folgt neu bestimmt: R. 570

I. In der Stadt Karlsruhe nebst Vororten:

| | |
|----------------------------|---------|
| a. Für Männer | |
| über 21 Jahren | 6800 M. |
| von 16-21 Jahren | 5000 " |
| unter 16 Jahren | 3300 " |
| b. Für Frauen | |
| über 21 Jahren | 4800 M. |
| von 16-21 Jahren | 3800 " |
| unter 16 Jahren | 2600 " |

II. In den übrigen Gemeinden des Amtsbezirks Karlsruhe:

| | |
|----------------------------|---------|
| a. Für Männer | |
| über 21 Jahren | 5200 M. |
| von 16-21 Jahren | 3800 " |
| unter 16 Jahren | 2600 " |
| b. Für Frauen | |
| über 21 Jahren | 3600 M. |
| von 16-21 Jahren | 3000 " |
| unter 16 Jahren | 2100 " |

Karlsruhe, den 19. März 1923. O. 3. 19
Badisches Bezirksamt. — Versicherungsamt.

Die Festsetzung des durchschnittlichen Jahres- arbeitsverdienstes land- und forstwirtschaftlicher Arbeiter betr.

Mit Entscheidung des Badischen Oberversicherungs- amts Karlsruhe vom 10. März 1923, Nr. 213, wird der durchschnittliche Jahresarbeitsverdienst land- und forstwirtschaftlicher Arbeiter auf Grund der §§ 936 ff. R.V.O. mit Wirkung vom 15. März 1923 für den Bezirk des Versicherungsamts Karlsruhe wie folgt neu bestimmt: R. 571

| | |
|----------------------------|------------|
| a. Für männliche Personen | |
| über 21 Jahren | 984 000 M. |
| von 16-21 Jahren | 756 000 " |
| von 14-16 Jahren | 540 000 " |
| unter 14 Jahren | 60 000 " |
| b. Für weibliche Personen | |
| über 21 Jahren | 600 000 M. |
| von 16-21 Jahren | 480 000 " |
| von 14-16 Jahren | 324 000 " |
| unter 14 Jahren | 60 000 " |

Karlsruhe, den 19. März 1923. O. 3. 23
Badisches Bezirksamt. — Versicherungsamt.

Detektiv

„Argus“ Mannheim
O. 6. 6.
Planken
Fernspr. 3305
A. Maier & Co., G. m. b. H.

Wo kann jüngerer Beamter der im Kauf- und Rechnungsweesen ausgebildet ist, Lebensstellung erkal- ten? Angebote unter B. 313 an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung erbe- ten.

Rieferrn- und Holz- verfertigerungen.

Das Fortamt Schwet- zingen verleiht im Oster- heim jeweils früh 9^{1/2} Uhr beginnend R. 527

Dienstag, den 27. März 1923: Aus Abt. I 19, 20, 38, 40, 42, 43 u. 52a: 36 Rieferrnabstichte Ia, 152 Ib, 120 IIa, 901 IIb, 479 III, M., mit zusammen 950 Festmeter. Losaus- züge durch das Fortamt gegen Erfab der Portio- kosten.

Mittwoch, den 28. März 1923: Aus Abt. I 58, 59 und 60: 25 Rieferrnab- stichte IIb, 151 III, M., 236 Schindelstämme und 105 Kumpenstämme; aus Abt. I 72-75: 100 Schin- delstämme; aus Abt. I 82a: 87 Schindelstämme. Ferner aus Abt. I 19, 20, 38, 40, 42, 32, 72, 74, 96 u. 62: 270 Stier Rieferrn- stämme 1,20 Mtr. lang und aus Abt. I 67: 5 Stier Rieferrnrollen.

Nähere Auskunft erteilen die Fortwarte in Sandhausen für Abt. I 58, 59, 60, 62 und 67, in Waldorf für I 72-75 u. 96, in Sodenheim für Abt. I 19, 20, 38, 40, in Ostersheim für I 32 und 42 sowie das Fortamt.

Dursch. Vereinsregister. Eingetragen am 14. März 1923: Sportverein Kö- nigshaus G. B. Sitz Kö- nigshaus. Amtsgericht.

Zentral-Güterrechts-Register für Baden.

Achern. R. 488
Güterrechtsregister- eintrag
Band II Seite 321: Kuh-
ler, Karl August, Stein-
bauer zu Kappelroden, u.
Anna Amalie geborene
Zintl. Vertrag vom 20.
Februar 1923. Gütertren-
nung.
Achern, 14. März 1923.
Der Gerichtsschreiber des
Bad. Amtsgerichts.

Baden. R. 489
Güterrechtsregister- eintrag
Band II Seite 480: Der-
paz, Wilhelm, Glettröder-
nifer in Singheim, und
Käte geb. Jann —. Ver-
trag vom 23. Febr. 1923.
Gütertrennung.
Baden, 26. Febr. 1923.
Der Gerichtsschreiber des
Amtsgerichts.

Bruchsal. R. 525
Güterrechtsregister- eintrag
Band III Seite 98: Bur-
ger, Karl, Kaufmann in
Bruchsal, und Elise Bilz.
Durch Vertrag vom 2.
März 1923 ist die Erren-
genenschaftsgemeinschaft des
G.B. vereinbart. Das
vorhandene und künftige
Vermögen der Ehefrau ist
als Vorbehaltsgut erklärt.
Bruchsal, 9. März 1923.
Bad. Amtsgericht.

Eberbach. R. 534
In das Güterrechtsregi-
ster Band I Seite 447
wurde eingetragen: Lud-
wig Heinrich, Maurer in
Redargerach, und Elise
geb. Knieel. Vertrag vom
14. März 1923: Güter-
trennung.
Eberbach, 15. März 1923.
Amtsgericht.

Lahr. R. 528
Güterrechtsregister- eintrag
— Karl Keller, Gärtner,
und Ehefrau Karoline ge-
borene Sillmann in Lahr
— Durch notariellen Über-
gabvertrag vom 3. Febr.
1923 hat Katharina Sill-
mann Wwe. geb. Schmidt
in Wroggingen bestimmt,
daß die von ihr an die
lebengenannte Ehefrau
Keller übergebenen Grund-
stücke Lq. Nr. 2077 und
2077 der Gemerkung
Wroggingen, Lq. Nr. 6499
das mittlere Drittel und
Lq. Nr. 6495 die Hälfte
neben 6496 der Gemein-
schaft Etenheim deren
Vorbehaltsgut sein sollen.
Lahr, 10. März 1923.
Bad. Amtsgericht.

Waldbshut. R. 535
Güterrechtsregister- eintrag
Seite 50: Eret, Fried-
rich, Eisenbahnbetriebs-
führer, und Margaretha geb.
Reinhardt in Waldbshut.
Vertrag vom 2. März
1923: Gütertrennung.
Waldbshut, 12. März 1923.
Amtsgericht I.

Weinheim. R. 501
Güterrechtsregister- eintrag
Band I Seite 400: Wa-
gner, Johann Georg, Bank-
kassier in Weinheim, und
Katharina geb. Heinz.
Vertrag v. 9. März 1923.
Gütertrennung.
Weinheim, 12. März 1923.
Amtsgericht.

Vereins-Register.
Mannheim. R. 549
Zum Vereinsregister Bd.
IX D.-3. 37 wurde heute
eingetragen: „Verein der
Freunde des Bundes
deutscher Augenvereine“
in Mannheim.
Mannheim, 14. März 1923.
Bad. Amtsgericht B. O. 3.